

ANSPRECHPARTNER

**Nico Weinmann**

Rechtspolitischer Sprecher

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9380**Julia Goll**

Strafvollzugsbeauftragte

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9220**Hans Dieter Scheerer**

Migrationspolitischer Sprecher

hans-dieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9280**Domenico Burkart**

Parlamentarischer Berater

domenico.burkart@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9139

RECHT, VERFASSUNG & MIGRATION

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode und der Regierungsneubildung wurde die Zuständigkeit für Migration vom Innen- ins Justizministerium übertragen. Auf den ersten Blick mutet dieser Schritt reichlich seltsam an. Es ist rechtlich zweifelhaft, wenn die Steuerung der Migrationspolitik und die Dienstaufsicht über diejenigen Richter, die Aufenthaltstitel gerichtlich überprüfen, in einem Haus zusammenfällt.

Auf den zweiten Blick wird der Schritt von Grün-Schwarz aber schnell klar. Sachgründe spielten überhaupt keine Rolle, es sollte vielmehr ein zusätzlicher Staatssekretärsposten geschaffen werden. So wird ein weiterer CDU-Mann gut versorgt. Kostenpunkt: Knapp eine halbe Million alleine im nächsten Jahr. Durch diesen Schritt machte die Landesregierung früh deutlich, wo ihre Schwerpunkte liegen. Wir setzen dagegen auf inhaltliche Verbesserungen für unser Land.

Parlamentarische Beteiligung an Corona-Maßnahmen

Die Corona-Pandemie stellte den Rechtsstaat auch in diesem Jahr auf eine harte Probe. Die Parlamente wurden weiterhin vielfach nur informiert, statt an den Entscheidungen aktiv beteiligt zu werden. Auch kurzfristigste Notverkündungen waren nicht immer nachvollziehbar. Insbesondere aufgrund der Initiative unserer Fraktion wurde bereits 2020 ein Pandemiegesetz erlassen, das eine Einbindung des Landtags erforderlich macht.

Dieser Ansatz wird in Zukunft noch weiter ausgebaut werden müssen, um dem Parlament das Heft des Handelns wieder vollständig in die Hand zu geben.

Extremismus bekämpfen

In der Corona-Krise haben sich auch die extremistischen Gefahren in unserer Gesellschaft verändert. Neben den „klassischen“ Motivationen von rechts, links oder religiös geprägten Erscheinungsformen beobachten wir zunehmend auch andere Formen der Radikalisierung. Diese sind deutlich vielschichtiger und erfordern ein Neudenken der Präventionsmaßnahmen. Damit der Staat Extremismus jeder Art entgegenreten kann, ohne die rechtsstaatlichen Garantien zu verletzen, kontrollieren wir den Verfassungsschutz im Parlamentarischen Kontrollgremium.

Medien

Wir setzen uns für eine Anpassung des dualen Rundfunksystems ein. Dafür ist wesentlich, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich auf die ihm zugewiesenen Betätigungsfelder beschränkt und mit privaten Anbietern nicht in übermäßige Konkurrenz tritt. Das betrifft besonders den digitalen Bereich, den auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk verstärkt für sich entdeckt. Diese Entwicklungen begleiten wir kritisch-konstruktiv.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/38](#) - Verbesserungsmöglichkeiten des Medienstaatsvertrags
- » [17/231](#) - Zuordnung des Bereichs der Migration zum Justizministerium
- » [17/375](#) - Coronabedingte Einschränkungen an den Justizvollzugsanstalten
- » [17/499](#) - Deradikalisierungsmaßnahmen für den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“
- » [17/686](#) - Personenfeststellungsverfahren als Voraussetzung für die Abschiebung
- » [17/687](#) - Klimaneutrale Landesverwaltung und Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration

IM FOKUS

FIT IN DIE ZUKUNFT: DIGITALPAKT SOLL FÜR DIE JUSTIZ ERWEITERT WERDEN

Arbeitskreis:
**Recht, Verfassung
& Migration**

Ansprechpartner:
**Nico Weinmann
Julia Goll
Hans Dieter Scheerer**

Die Herausforderungen an die Justiz wachsen unentwegt. Neue Gesetze und die Digitalisierung erfordern eine bessere personelle und sachliche Ausstattung. Unsere Unterstützung gilt der gesamten Justiz als Schutzschild von Rechtsstaat und Demokratie.

Digitale Justiz

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Arbeitsweise der Justiz moderner werden muss. Dazu gehört die Möglichkeit, Prozessbeteiligte in geeigneten Fällen digital dem Prozess zuzuschalten, um häufigere Terminverschiebungen zu vermeiden. Außerdem muss die e-Akte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften flächendeckend eingeführt und eingesetzt werden. Der Einführungsprozess läuft bei den Gerichten immer noch, für die Gerichtsvollzieher wurde noch nicht einmal mit Pilotprojekten begonnen. Der Einführungsprozess muss durch fachkundige Ansprechpartner, die bei Problemen helfen und so die Hürden in der Anwendung abbauen, unterstützt werden. Wenn die Anwender mit der Hardware alleine gelassen werden, wird ihr flächendeckender Einsatz nicht gelingen.

Personelle Ausstattung steigern

Wir begrüßen, dass die Landesregierung durch weitere Stellen bei Richtern, Staatsanwaltschaft und Justizvollzug die personelle

Situation zu verbessern versucht. Das reicht allerdings nicht aus. Alleine durch die verschärften Regelungen des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes könnten eine Vielzahl neuer Verfahren auf die Ermittlungsbehörden und Gerichte zukommen. Hinzu kommt eine steigende Anzahl an zivilrechtlichen Massenverfahren, die die Justiz an ihre Kapazitätsgrenzen bringt. Mit einer Erhöhung der Richterstellen muss auch ein entsprechender Zuwachs an Servicekräften erfolgen. Ansonsten verpufft der Effekt direkt und die Justiz droht zum Flaschenhals des Rechtsstaats zu werden.

Wir gehen es an!

Es ist daher gut, dass die neue Regierung im Bund unter einem FDP-Justizminister mit klarem Blick die Situation in der Justiz entscheidend verbessern will. Der Pakt für den Rechtsstaat soll um einen Digitalpakt für die Justiz erweitert werden. Diese liberale Agenda schreiben wir uns auch in Zukunft weiterhin für Baden-Württemberg auf die Fahnen!

Hier geht's zurück zur Übersicht!